

Pressespiegel

23.02.-26.02.2019

*Die Presseschau ist zur internen Information bestimmt.
Herausgeber: Bezirk Oberbayern, Pressestelle*

Bezirkstag	1
Bezirketag	2
Gesundheit	4
Kultur	7
Heimatspflege	8
Sonstiges	9

Inhaltsverzeichnis

Bezirkstag	1
Alt-Neuöttinger Anzeiger vom 23.02.2019, Seite 30 CSU sieht sich im Ort tief verwurzelt	1
Bezirkstag	2
DIE KITZINGER vom 26.02.2019, Seite 19 Kritik am Krisendienst für psychisch Kranke	2
Gesundheit	4
Oberbayerisches Volksblatt vom 25.02.2019, Seite 12 Abschied vom Klinikum	4
Ebersberger Zeitung vom 26.02.2019, Seite 4 Pflegernotstand? Gibt's hier nicht	5
donaukurier.de vom 25.02.2019 16:25 Prozess gegen Alt-OB Lehmann beginnt am 7. März	6
Kultur	7
Garmisch-Partenkirchener Tagblatt vom 25.02.2019, Seite 6 Volles Programm nach Winterschlaf	7
Heimatspflege	8
Miesbacher Merkur vom 26.02.2019, Seite 7 Information	8
Sonstiges	9
Süddeutsche Zeitung vom 23.02.2019, Seite 38 Von der Anrede bis zur Unisex-Toilette	9
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.02.2019, Seite 1 Wahlgesetz benachteiligt vollbetreute Menschen	10

Bezirkstag

Alt-Neuöttinger Anzeiger vom 23.02.2019

Alt-Neuöttinger Anzeiger

Alt-Neuöttinger Zeitung BURGHÄUSER ANZEIGER Öttinger Anzeiger

Seite:	30 bis 30	Ausgabe:	Alt-Neuöttinger Anzeiger
Ressort:	Burghausen	Jahrgang:	74
Quellrubrik:	Alt-Neuöttinger Anzeiger	Nummer:	46
Weblink:	http://www.pnp.de		

CSU sieht sich im Ort tief verwurzelt

Jahreshauptversammlung der CSU Emmerting - Gisela Kriegl für weitere zwei Jahre als Ortsvorsitzende bestätigt

Emmerting.

Die CSU ist in Emmerting tief verwurzelt und Taktgeber im Gemeinderat. Dies unterstrich auf der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes am Freitagabend im Gasthof Schwarz dessen einstimmig wiedergewählte Ortsvorsitzende und Dritte Bürgermeisterin Gisela Kriegl. Die CSU stellt acht Gemeinderäte und den Bürgermeister.

Dem Bericht der Ortsvorsitzenden war zu entnehmen, dass dem CSU-Ortsverband aktuell 76 Mitglieder, sechs mehr als im Vorjahr, angehören. Traditionell ist auch die Junge Union in Emmerting stark. Die JU konnte im vergangenen Jahr unter dem Vorsitzenden Korbinian-Xaver Maier 14 neue Mitglieder gewinnen. Auch im Kreisvorsitz ist die Emmertinger CSU stark vertreten. Gisela Kriegl wurde vor zwei Jahren zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, Tanja Stollwerk zur Beisitzerin.

„Die neue Aufgabe als Bezirksrätin bereitet mir überaus große Freude“, so Gisela Kriegl. Künftig wird es auch Bürgerfahrten zum Bezirkstag und zu Bezirkseinrichtungen geben, so Kriegl. Markus Söder komme am Donnerstag, 7. März, nach Altötting zur Kreisvorsitzenschaft.

Die Themen dazu sollen direkt von den Mitgliedern kommen. Die CSU habe in Emmerting ein sehr positives Image, das wird besonders bei dem großen Zulauf

zu unseren Veranstaltungen deutlich, so die Ortsvorsitzende. Den nun abgeschlossenen Rathausumbau bezeichnete sie als durchweg gelungen, auch beim Breitbandausbau sei die Gemeinde vorangekommen und das Funktionsgebäude am Sportplatz werde gerade gebaut. In der Ausweisung von neuem Bau- und Gewerbegebiet komme die Gemeinde ebenfalls voran.

Schatzmeister Wolfgang Bilger konnte eine sehr erfreuliche Entwicklung der Finanzen des Ortsverbandes präsentieren. Die Kassenprüfer Martin Wengbauer und Fritz Schuder bescheinigten dem Kassier eine tadellose Kassenführung.

Die anschließend turnusgemäß anstehenden Neuwahlen leitete die CSU-Kreisvorsitzende Ingrid Heckner. Dabei wurde die bisherige Ortsvorsitzende Gisela Kriegl für weitere zwei Jahre in ihrem Amt bestätigt. Zu drei gleichberechtigten Stellvertretern wurden Tanja Stollwerk, Michael Hager und Dr. Markus Margraf gewählt. Im Amt des Schatzmeisters wurde Wolfgang Bilger für weitere zwei Jahre bestätigt, als Schriftführer Thomas Estermeier. Zu Beisitzern wurden Maximilian Anders, Matthias Bergmann, Thomas Ertl, Korbinian Maier, Markus Reitmeier, Thomas Rothmeier, Klaus Schacherbauer, Thorsten Schuder und Maximilian Zick gewählt. Kassenprüfer bleiben Martin

Wengbauer und Fritz Schuder. Kreisdelegierte sind Gisela Kriegl, Stefan Kammergruber, Tanja Stollwerk, Michael Hager, Thomas Estermeier, Wolfgang Bilger, Dr. Markus Margraf und Korbinian-Xaver Maier. Aus der Vorstanderschaft verabschiedet wurden Bernhard Maier, Florian Ertl und Stephan Wiesmayer.

Für langjährige Mitgliedschaft wurden Frieda Hecker und Otto Sachs für 25 Jahre, Franz Kasthuber, Gisela Kriegl, Erwin Frank jun., Josef Hager, Alexander Eller, Inge Stollwerk und Maria Stollwerk für 30 Jahre, Manfred Herrle und Erich Keck für 55 Jahre und Ludwig Walch für 60 Jahre geehrt.

Als wichtige Termine für dieses Jahr nannte die Ortsvorsitzende den politischen Aschermittwoch des CSU-Kreisverbandes in Unterneukirchen im Brauereigasthof Leidmann am 6. März, das Starkbierfest der CSU-Ortsverbände Emmerting, Mehring und Burghausen am 23. März im Gasthof Schwarz in Hohenwart und die erstmals in der Dorfmitte auf der Karrerwiese geplante Sonnwendfeier am 29. Juni. Geplant ist auch ein Dorfgespräch zum Artenschutz. Ein Blumengesteck gab es für die CSU-Kreisvorsitzende Ingrid Heckner für ihr Wirken als Landtagsabgeordnete für die Gemeinde Emmerting. – mf

Urheberinformation: (c) 2019 Passauer Neue Presse GmbH

Bezirkstag

DIE KITZINGER vom 26.02.2019

DIE KITZINGER

Autor: Von Susanne Popp

Ressort: Franken

Seite: 19 bis 19

Quellrubrik: Die Kitzinger

Weblink: <http://www.infranken.de/regional/kitzingen/>

Kritik am Krisendienst für psychisch Kranke

Bayernweit sollen bis 2021 Krisendienste entstehen, die rund um die Uhr Hilfe in psychischer Not bieten

Würzburg

Nothilfe rund um die Uhr: Für psychisch kranke Menschen sollen in den nächsten zweieinhalb Jahren bayernweit Krisendienste entstehen. Damit setzen die Bezirke Vorgaben des umstrittenen **Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (PsychKHG)** um. Bis zum 1. Juli 2021 würden die Dienste mit zentralen Leitstellen und mobilen Einsatzteams flächendeckend aufgebaut, sagt Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstages. Der Freistaat zahlt dabei 7,7 Millionen Euro pro Jahr für die Leitstellen. Den Rest schultern die Bezirke. Das sei gefährlich, warnen die Grünen. Hängt die Qualität der Krisenhilfe so vom Geldbeutel der Bezirke ab?

Aus Sicht der Grünen-Landtagsabgeordneten Kerstin Celina aus Kürnach (Lkr. Würzburg) ist genau das die Gefahr. "Nur die Leitstellen zu stellen, ist zu wenig", sagt die Sozialpolitikerin. Stattdessen müsse die Staatsregierung "das Gesamtkonstrukt im Auge behalten" und dafür sorgen, dass auch in der Fläche Fachkräfte für die mobilen Teams zeitnah zur Verfügung stehen. Nötig seien einheitliche Standards auf einem möglichst hohen fachlichen Level. Noch, so Celinas Befürchtung, laufe die Umsetzung des Gesetzes in den Bezirken sehr unterschiedlich.

Beschlossen wurde das Gesetz im Sommer 2018. Vorausgegangen waren massive Proteste. Vor allem eine geplante Zentraldatei, die alle zwangsweise in der Psychiatrie untergebrachten Patienten erfassen sollte, löste Empörung aus. Der Vorwurf: Kranke würden stigmatisiert. Die CSU milderte daraufhin ihren Entwurf ab. Statt der Datei gibt es nun ein anonymes Meldeverfahren. Geblieben ist der sogenannte Hilfeteil des Gesetzes. Er sieht den Aufbau der Krisendienste vor, die im Notfall immer erreichbar sind.

Bisher habe es da eine Versorgungslücke gegeben, sagt Bezirkstags-Präsident Löffler. Psychisch Kranke, die nachts oder am Wochenende Hilfe brauchten, hätten häufig bei der Polizei angerufen. Die Beamten seien jedoch nicht dafür ausgebildet, Männer und Frauen in psychischen Notlagen zu helfen. Hier sollen die Krisendienste das bestehende Versorgungssystem ergänzen, heißt es aus dem bayerischen Gesundheitsministerium. In Oberbayern und Mittelfranken funktioniere das bereits. Die anderen Bezirke sollen folgen. Wie, das ist allerdings noch unklar. Der Rahmen zur konkreten Ausgestaltung wird "derzeit in Gesprächen zwischen Gesundheitsministerium und **Bezirkstag** abgestimmt", teilt Ministerin Melanie Huml (CSU) auf Anfrage mit.

Laut Bezirkstag haben die bestehenden Krisendienste einheitliche Qualitätsstandards vorgeschlagen. Dabei gehe es etwa um die Qualifizierung der Mitarbeiter oder die Vernetzung. Der Vorschlag werde nun geprüft und soll im Mai verabschiedet werden.

Fest steht bisher: Pro Bezirk gibt es eine Leitstelle, in der Fachkräfte wie Psychologen und Sozialpädagogen rund um die Uhr per Notfallnummer erreichbar sind. Die Experten schätzen am Telefon ein, was zu tun ist, und schicken bei Bedarf ein mobiles Einsatzteam zu den Hilfesuchenden. Da aber auch die Teams speziell ausgebildet sein müssen, stehen die Bezirke vor der Herausforderung, genug Fachkräfte zu finden. Und: "Welche finanziellen Belastungen auf die Bezirke zukommen werden, lässt sich noch nicht beziffern", so Löffler.

Das gilt auch für Unterfranken. Wo und wie die Leitstelle in der Region aufgebaut werden soll, wie viele Einsatzteams es geben wird, was das kostet - all das sei noch völlig offen, sagt Bezirks-

sprecher Markus Mauritz. Zwar wurde eine Projektgruppe "Krisennetzwerk Unterfranken" gegründet, in der unter anderem Vertreter der beiden psychiatrischen Kliniken in Lohr und Werneck sitzen. Die Gruppe plane und steuere die Umsetzung des Gesetzes. Festlegungen gebe es aber noch keine. Ein Grund: "Die Bezirke sind nicht so einheitlich, wie man sich das vorstellt", sagt Mauritz.

Für die Grünen-Bezirksräte läuft die Einrichtung der Krisendienste in der Region schlicht zu schleppend. Und zu intransparent. Klare Antworten auf ihre Fragen an die Sozialverwaltung hätten sie nicht bekommen.

"Von einer konkreten Umsetzung sind wir in Unterfranken scheinbar noch weit entfernt", folgert Bärbel Imhof, Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bezirkstag. "Im Vergleich zu anderen Bezirken sind wir einfach hintendran."

Wo Menschen in psychischen Krisen Hilfe finden?

In Würzburg beispielsweise gibt es bereits seit 1990 einen ähnlichen Krisendienst. Gesprächspartner sind zu festen Zeiten unter der Nummer (0931) 57 17 17 erreichbar. Ein Team aus psychologischen und sozialpädagogischen Fachkräften unterstützt Hilfesuchende montags bis freitags von 14 bis 18 Uhr, ehrenamtliche Fachkräfte sind täglich von 18.30 bis 0.30 Uhr telefonisch zu erreichen. Tagsüber sind auch persönliche Beratungsgespräche in den Räumen am Kardinal-Döpfner-Platz 1 möglich. Die Telefonseelsorge in Würzburg, Schweinfurt und am Untermain ist jederzeit unter der Nummer (0800) 1 11 01 11 oder unter (0800) 1 11 02 22 erreichbar.

Hilfe bieten daneben unter anderem Sozialpsychiatrische Dienste in Unterfranken. In Schweinfurt etwa können sich Menschen in psychischen Notlagen

an den Sozialpsychiatrischen Dienst des Caritasverbandes wenden. Dieser ist von Montag bis Freitag von 8.30 bis 12 Uhr und von Montag bis Donnerstag zusätzlich von 13 bis 16 Uhr unter der Nummer (09721) 71 58 55 erreichbar. Ähnliche Angebote gibt es zum Beispiel beim Caritasverband für den Landkreis Haßberge oder über das Diakonische Werk Schweinfurt für Bad Neustadt und Bad Kissingen. (sp)

Urheberinformation: Mediengruppe Oberfranken

Gesundheit

Oberbayerisches Volksblatt vom 25.02.2019

Oberbayerisches Volksblatt

Seite: 12
Ressort: S Lokales

Ausgabe: Hauptausgabe

Abschied vom Klinikum

Schmidmeier geht in den Ruhestand

Wasserburg – Unter dem Titel „Sozialpsychiatrie – Past, Present and Future“ wurde vor einem vollen Festsaal des kbo-Inn-Salzach-Klinikums Chefarzt Richard Schmidmeier im Rahmen eines Abschiedssymposiums von Kollegen und Wegbegleitern in den Ruhestand verabschiedet. Als einen „Meilenstein in der Geschichte des Hauses“ bezeichnete Dr. Theodor Danzl, Geschäftsführer des

kbo-Inn-Salzach-Klinikums, Schmidmeier.

Geboren 1953 in München absolvierte Richard Schmidmeier nach dem Abitur und dem anschließenden Medizinstudium zunächst sein Praktisches Jahr in München. Nach Abschluss seines Studiums bewarb er sich dann erfolgreich am Inn-Salzach-Klinikum in Wasserburg. Am 1. Januar 2000 wurde er dort Chef-

arzt der Gerontopsychiatrie, bis er schließlich 2007 in den Fachbereich Klinische Sozialpsychiatrie wechselte. In seiner Tätigkeit als Arzt und seinem vielseitigen Engagement sei ihm das wichtigste Anliegen dabei immer, die Versorgung psychisch kranker Menschen zu verbessern. re

Abbildung: Richard Schmidmeier
Urheberinformation: (c) 2018 Oberbayerisches Volksblatt



Seite: 4
 Ressort: Lokal Seite

Ausgabe: Ebersberger Zeitung

Pflegenotstand? Gibt's hier nicht

Vaterstetten/Zorneding – Der Pflegenotstand ist bundesweit evident. Politiker und Vertreter aller gesellschaftlich relevanten Organisationen entwerfen mit Hochdruck Programme und Aktionen zur Verbesserung der Situation. Die Nachbarschaftshilfe Vaterstetten (NBH) mit ihrem Ressort Ambulante Pflege behauptet: Pflegenotstand – nicht bei der NBH! Wir sprachen mit NBH-Geschäftsführer Oliver Westphalen und Bärbel Kleinwegen, Leiterin der NBH-Sozialstation.

Leben Sie auf einer Insel der Seligen?

Westphalen: Beileibe nicht. Wir registrieren und bedauern die kritische Situation der Pflege sehr. In unserem Einflussbereich haben wir allerdings wirkungsvoll dagegen agiert, sodass wir jetzt diese These aufstellen können.

Das heißt, Sie haben ausreichend Pflegepersonal und können allen Anfragen nach ambulanter Pflege nachkommen?
 Kleinwegen: Wir arbeiten mit einem großen Team gut ausgebildeter, erfahrener und hoch motivierter Pflegekräfte und Krankenschwestern. Das ist tatsächlich eine komfortable Situation, die aber nicht von ungefähr kommt. Auf der anderen Seite haben wir uns in mehr als 40 Jahren ambulanter Pflege einen guten Namen als Arbeitgeber gemacht, so dass wir oft die erste Adresse für Anfragen sind. So ist das Team entstanden. Und es wächst.

Woher nehmen Sie die Pflegekräfte, die

andernorts so händeringend gesucht werden? Was machen Sie anders?

Westphalen: Der Markt ist tatsächlich hart umkämpft. Wir werben um Mitarbeiter mit fairen, vermutlich überdurchschnittlich guten Arbeitsbedingungen. Unsere Gehälter orientieren sich am Tarifvertrag der öffentlichen Hand. Es gibt zudem Jahressonderzahlungen und Ballungsraumzulage. Eine solche Tarifbindung für Pflegekräfte ist aktuell ein politisches Ziel, vielleicht Illusion. Bei uns ist sie schon gängige Praxis.

Also liegt es nach Ihrer Einschätzung nur am Gehalt?

Westphalen: Nur zum Teil. Wir bieten mehr: Ein später Arbeitsbeginn für Mütter mit kleinen Kindern lässt sich bei uns ebenso realisieren wie Supervision, Fortbildung oder betriebliches Gesundheitsmanagement. Nicht zu vergessen der Teamspirit. Das Paket scheint zu stimmen. Wir konnten interessante Mitarbeiter dazu gewinnen, mit uns zu arbeiten. Und das Feedback der Patienten bestätigt uns. Sie fühlen sich durchweg kompetent und herzlich gepflegt.
 Kleinwegen: Keine Frage. Die Pflegekräfte fliegen uns nicht zu. Aber das Gesamtpaket scheint tatsächlich attraktiv zu sein. Ich selbst lege großen Wert darauf, jeden einzelnen Mitarbeiter so gut zu unterstützen, wie es mir möglich ist. Professioneller Rückhalt ist wichtig.

Ich weiß aus meiner Berufspraxis, dass diese Arbeit oft alles abverlangt und tief

erschöpfend ist. Und doch ist sie genauso oft erfüllend und lässt einen mit Befriedigung nach Hause gehen. Dann, wenn man weiß, dass man Menschen wirklich hat helfen können. Wir lassen unseren Mitarbeitern Zeit dafür. Sie sollen ohne Zeitdruck entspannt und sorgfältig arbeiten können. Nur dann gelingt echte Pflege. Das gilt es auch, jungen Nachwuchskräften zu vermitteln.

Bilden Sie selbst Ihren Nachwuchs aus?

Kleinwegen: Nein, das passiert aufwändig an Pflegeschulen. Wir kooperieren allerdings mit der Berufsfachschule des kbo-Isar-Amper-Klinikums München-Ost und bieten Auszubildenden die Möglichkeit, bei uns die geforderten Praktika zu leisten. Nicht wenige Praktikanten sind nach Abschluss der Ausbildung zu uns zurückgekommen.

Es gibt also keinerlei Klagen von Ihrer Seite? Alles in Butter?

Westphalen: Nein, keine Klagen. Wir wollen sehr gute Pflege leisten und dafür sehr gute Mitarbeiter beschäftigen. Das hat seinen Preis. Den sind wir bereit zu zahlen und organisieren alles so gut wie möglich für Mitarbeiter und Patienten. Was wir allerdings nicht können, ist, alle Patienten zu ihren Wunschzeiten aufzusuchen. Das würde zuweilen bedeuten, alle Patienten gleichzeitig vormittags zwischen 8 und 9 Uhr zu pflegen. Das wird uns nie gelingen. Dafür bitten wir um Verständnis. ez

Fotograf: Juergen Oisch
Fotograf: Juergen Oisch
Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Muenchner Zeitungsverlag

Nummer: 3668998243**Weblink:** <https://www.donaukurier.de/lokales/ingolstadt/Prozess-gegen-Alt-OB-Lehmann-beginnt-am-7-Maerz;art599,4094059>

Prozess gegen Alt-OB Lehmann beginnt am 7. März

Ingolstadt (DK) Nächsten Donnerstag, 7. März, um 9.15 Uhr beginnt das öffentliche Strafverfahren gegen den Ingolstädter Altoberbürgermeister Alfred Lehmann und zwei weitere Mitangeklagte. Das Landgericht Ingolstadt hat dazu bis 10. Mai insgesamt 16 Verhandlungstage angesetzt. Den Vorsitz führt der Vizepräsident des Landgerichts, Jochen Bösl, mit zwei Beisitzerinnen und zwei Schöffen.

In Sitzungssaal 11 im Erdgeschoss des Gerichtsgebäudes Auf der Schanz entscheidet sich, wie die große Strafkammer des Landgerichts die Vorwürfe der Bestechlichkeit und Untreue gegen den früheren CSU-OB Alfred Lehmann, der von 2002 bis 2014 Rathauschef in Ingolstadt war, strafrechtlich bewertet. Wie das Landgericht mitteilte, soll nach dem Prozessauftritt am 7. März gleich am nächsten Tag in die Beweisaufnahme eingetreten und die erste von knapp 50 Zeuginnen und Zeugen vernommen werden. Ferner ist ein Sachverständigengutachten für Immobilien- und Grundstücksbewertung in Auftrag gegeben worden.

Zur Sicherstellung eines geordneten Verfahrensablaufs hat der Vorsitzende eine Sicherheitsverfügung erlassen. Danach sind die Sitzungen grundsätzlich öffentlich, der Sitzungssaal wird 45 Minuten vor Prozessbeginn geöffnet. Für Medienvertreter sind die ersten drei Zuhörerreihen mit 30 Sitzplätzen reserviert. Für die Zuschauer stehen 34 Sitzplätze und eventuell frei bleibende Presseplätze zur Verfügung. Aus Sicher-

heitsgründen gibt es keine Stehplätze.

Es ist ein eigenständiger Prozess - auch, wenn die Vorwürfe gegen Alfred Lehmann ohne die Klinikums-Affäre vermutlich gar nicht ins Rollen gekommen wäre. Im Zuge der Ermittlungen gegen den früheren Klinikums-Geschäftsführer Heribert Fastenmeier, der sich nach monatelanger U-Haft 2017 einen Tag nach Weihnachten in der JVA Gablingen erhängt hatte, war auch Lehmann zunehmend ins Visier der Ermittler geraten. Der CSU-Mann war während seiner Zeit als OB kraft Amtes auch Aufsichtsratsvorsitzender des Ingolstädter Klinikums und stand an der Spitze des Krankenhauszweckverbandes. Dem Aufsichtsrat hatte Lehmann auch noch angehört, nachdem 2014 Christian Lösel als Lehmanns Nachfolger gewählt worden war und dem Klinikums-Aufsichtsrat vorstand.

Die Staatsanwaltschaft Ingolstadt wirft dem Alt-OB Bestechlichkeit und Untreue vor. Die Anklage wurde vom Landgericht Ingolstadt in unveränderter Form zugelassen. Sie beschuldigt Lehmann in zwei Fällen der Bestechlichkeit

in einem besonders schweren Fall, hier vor einmal in Tateinheit mit zwei Fällen der Untreue in einem besonders schweren Fall. Lehmann soll als Amtsträger Wohnungen in einem Sanierungsgebiet an der ehemaligen Pionierkaserne und in einem Neubaukomplex beim ehemaligen Altstadtkrankenhaus vergünstigt erhalten haben.

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts müssen sich neben Lehmann auch zwei Mitangeklagte verantworten - wegen Bestechung in einem besonders schweren Fall. Es handelt sich dabei um die Vertreter der jeweiligen Baugesellschaften. Bei einem der Angeklagten, über den der Kauf der Privatwohnung Lehmanns im Neubau des Wohnkomplexes auf dem Gelände des früheren städtischen Krankenhauses lief, kommt Beihilfe zur Untreue in einem besonders schweren Fall hinzu.

Lehmann selbst hatte gegenüber dem DK mehrmals betont, er sehe dem Prozess zuversichtlich entgegen und hoffe, dass dabei "viele ins rechte Licht gerückt wird".

Abbildung: Der Prozess gegen Alt-OB Alfred Lehmann (CSU) ist öffentlich. 30 Sitzplätze sind allein für Pressevertreter reserviert. Hammer.

Kultur

Garmisch-Partenkirchener Tagblatt vom 25.02.2019



Seite: 6
Ressort: Lokal Seite

Ausgabe: Garmisch-Partenkirchener Tagblatt

Volles Programm nach Winterschlaf

Mitte März ist es soweit: Dann startet das Freilichtmuseum Glentleiten oberhalb von Großweil in die neue Saison. Ob Kunstaktion, Alphornbläsertreffen oder Sonderausstellung – die Besucher dürfen sich auf ein abwechslungsreiches Programm freuen.

Mitte März ist es soweit: Dann startet das Freilichtmuseum Glentleiten oberhalb von Großweil in die neue Saison. Ob Kunstaktion, Alphornbläsertreffen oder Sonderausstellung – die Besucher dürfen sich auf ein abwechslungsreiches Programm freuen.

VON CONSTANZE WILZ

Großweil – „O'zapft is!“, heißt es zur Eröffnung der neuen Saison des Großweiler Freilichtmuseums an der Glentleiten. Traditionell erwacht die Einrichtung des Bezirks Oberbayern am Josefi-Tag, 19. März, aus dem Winterschlaf. Wie berichtet, wurde hierfür bereits im Januar mit Unterstützung von Bezirktagspräsident Josef Mederer ein Josefi-Bock eingebracht. Zum Auftakt im März kann das Starkbier angezapft und genossen werden. Diesem Tag blickt Dr. Melanie Bauer, die für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist, entgegen. Sie hat das Konzept des neuen Museumsjahres mitgestaltet und freut sich insbesondere über die Sonderausstellung mit dem Titel: „Eine neue Zeit. Die ‚Goldenen Zwanziger‘ in Oberbayern.“ Bauer zufolge präsentiert die Schau, die im Mai eröffnet wird, einen Epochenumbruch. „Es wird aufgezeigt, welche Auswirkungen die Schaffung des Freistaats Bayern und die Einführung der Demokratie auch für die Menschen auf dem Land hatten“, erklärt sie.

Wie das Leben auf dem Land in vergangenen Zeiten aussah, zeigt auch ein bewährter Veranstaltungsreigen: Am Mühlentag (10. Juni) laufen die Schauflräder des Mühlendorfs auf Hochtouren, am Dreschtag (3. Oktober) wird Getreide bearbeitet, und an Kirchweih (20./21. Oktober) winkt ein buntes Programm mit Tanz, Musik und Vorführungen. Darüber hinaus erwarten die Besucher diverse Aktionstage. Zum Beispiel stehen am 30. Juni unter dem Motto „Gmahde Wiesn“ das Grasmähen und dessen technische Entwicklungen in den letzten Jahrhunderten im Fokus. Anhand moderierter Darbietungen erleben die Zuschauer hautnah, wie das Mähen mit der Sense funktioniert und auf welche Weise heute Gras zu Heu oder Silage verarbeitet wird.

Musikalisch geht es am 13. Oktober zu, wenn die Glentleiten zum ersten Alphornbläser-Treffen einlädt. An dieser Stelle finden sich mehrere Bläsergruppen im Museum ein, um das Publikum mit dem besonderen Klang des ursprünglich aus der Schweiz stammenden Instruments zu begeistern. Außerdem beteiligt sich das Freilichtmuseum im Juli am oberbayerischen Kulturfestival „ZAMMA“ mit einer Kunstaktion: In Kooperation mit dem Freisinger Konzeptkünstler Alexis Dworsky und der Caritas Garmisch-Partenkirchen neh-

men die Teilnehmer die Party-Reklame im ländlichen Raum unter die Lupe. „Man darf gespannt sein, wie das Thema im Anschluss künstlerisch umgesetzt wird“, meint Bauer. Während des Festivals und bis Mitte August sind Fotos von Alexis Dworsky sowie die Ergebnisse der Kunstaktion in der Zöllingerhalle an der Glentleiten zu sehen. Selbstverständlich ist auch für die kleinen Besucher einiges geboten. Während der Ferien oder am Wochenende gibt es für sie spannende Programmpunkte. Neu ist etwa die Aktion „Einen Nachmittag Imker sein“ in den Pfingstferien sowie ein Pflanzprojekt im Krautgarten, das Ende Mai für Familien stattfindet. Ferner gibt es neue Kurse für Erwachsene. Und auch die Töpferei hat ihr Mitmach-Angebot erweitert. Fest steht: Bei einem Ausflug auf die Glentleiten kommen Jung und Alt auf ihre Kosten.

Weitere Infos

Alle Termine finden sich auf der Webseite www.glentleiten.de.

Freuen sich auf die neue Saison: (v. l.) Museumspädagogin Sophie Ruhl, der Leiter der volkskundlichen Sammlung, Jan Borgmann, Werner Deiser vom Organisationsteam und Pressesprecherin Dr. Melanie Bauer. Foto: wilz

Abbildung: Freuen sich auf die neue Saison: (v.l.) Museumspädagogin Sophie Ruhl, der Leiter der volkskundlichen Sammlung, Jan Borgmann, Werner Deiser vom Organisationsteam und Pressesprecherin Dr. Melanie Bauer. Foto: wilz

Fotograf: Picasa

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Muenchner Zeitungsverlag

Heimatpflege

Miesbacher Merkur vom 26.02.2019



Seite: 7
Ressort: Lokal Seite

Ausgabe: Miesbacher Merkur

Information

Tegernsee

Vortrag mit Hörbeispielen

Einem musikalischen Thema widmet sich der nächste Termin der Reihe „Samstags um Elf“ im Museum Tegernseer Tal in Tegernsee. Martin Prohazka berichtet am Samstag, 2. März, um 11 Uhr über die Volksmusikpflege in Oberbayern und die Entstehung der CD mit Panoramaklängen aus Kreuth. Die Sammlung und Weitergabe regionaler Musikkultur begann im Tegernseer Tal. In der Person des Kiem Pauli war Kreuth lange Zeit ein zentraler Ausstrahlungspunkt. Noch zu Lebzeiten übertrug er sein Wirken an seinen Wegbegleiter Wastl Fanderl. Mit ihm erhielt

Oberbayern den ersten offiziell vom Bezirk ernannten Volksmusikpfleger. Heute verbindet Ernst Schusser dieses Amt mit der Leitung des Volksmusikarchivs des Bezirks Oberbayern, in dem Geschichte, Gegenwart und Zukunft musikalischer Tradition verknüpft werden. Als eine Veröffentlichung des Archivs erschien im vergangenen Jahr die CD „Panoramaklänge“ (wir berichteten). Wer Prohazkas Vortrag hören möchte, zahlt den üblichen Museumseintritt. mm

Vortrag über Sprache und Maschine

Über künstliche Intelligenz und wie sie immer besser unsere Sprache beherrscht, darüber referiert der Wissen-

schaftler Jaromir Konecny am Donnerstag, 28. Februar, um 19 Uhr bei der Volkshochschule (vhs) im Tegernseer Tal im Reisbergerhof. Konecny hat jahrelang an der TU München über den genetischen Code geforscht und ist in München Gastgeber des Science Kabarett. Entsprechend kurzweilig verspricht sein Vortrag über Sprach- und Übersetzungsprogramme zu werden. Er erklärt, wie sie arbeiten und was die Zukunft in Sachen Maschinen und Sprache bringt. Anmeldungen für den Vortrag sind unter z 0 80 22 / 13 13 möglich. Hier erhalten Interessierte auch nähere Informationen. sh

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Muenchner Zeitungsverlag

Sonstiges

Süddeutsche Zeitung vom 23.02.2019

Süddeutsche Zeitung

Autor: CHRISTINA HERTEL
Seite: 38

Ressort: Themen des Tages
Ausgabe: Hauptausgabe

Von der Anrede bis zur Unisex-Toilette

Seit einigen Monaten beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit der Frage, was die Stadtverwaltung ändern muss, um niemanden wegen seiner geschlechtlichen Identität zu diskriminieren

München – Seine Reden könnte der Bürgermeister in Zukunft nicht mehr mit „sehr geehrte Damen und Herren“ beginnen, sondern mit „liebe Gäste“. Bei der nächsten Wahl könnte auf den Briefen nicht mehr Wähler stehen, sondern Wählende. Und die Stadt könnte in ihren E-Mails Menschen nicht mehr mit Herr oder Frau ansprechen, sondern mit Vor- und Nachnamen. Ob das alles so kommt, steht bis jetzt noch nicht fest. Doch mit diesen Fragen beschäftigt sich die Stadt München tatsächlich seit einigen Monaten.

Grund dafür ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Herbst 2017: Die Richter urteilten, dass die deutsche Rechtsordnung auch intersexuelle Menschen anerkennen und respektieren müsse. Dass es bis dahin im rechtlichen Sinne bloß die Kategorien Mann und Frau gab, sei ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Am 1. Januar trat schließlich eine **Änderung des Personenstandsgesetzes** in Kraft. Seitdem ist im Geburtenregister auch der Eintrag „divers“ möglich.

Diese Änderung, sagt Andreas Unterforsthuber, sei eine Errungenschaft. Und sie habe viel größere Auswirkungen auf die Gesellschaft, als dass bei Stellenausschreibungen nun auch ein „d“ für divers stehen müsse. Unterforsthuber leitet die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Stadt. Um das neue Gesetz umzusetzen, richtete er im Mai 2018 eine Arbeitsgruppe ein. Sie besteht aus 17 Mitarbeitern aus verschiedenen Refera-

ten und beschäftigt sich damit, was die Stadtverwaltung alles ändern muss, um niemanden zu diskriminieren. Die Fragen reichen von der Anrede in E-Mails bis zu den Schultoiletten. Übertriebene politische Korrektheit? „Falsch“, sagt Unterforsthuber. Kommunen müssten sich schlichtweg mit diesen Fragen befassen – das sei kein abgedrehter Genderwahn, sondern Ausdruck des Grundgesetzes: „Geschlechtliche Identität ist vor Diskriminierung geschützt, so hat es das Bundesverfassungsgericht festgelegt.“ Und dieser Grundsatz spiele an erstaunlich vielen Punkten eine Rolle. Wenn in den Gemeinden Pullach, Garching und Taufkirchen im Landkreis München eine neue Schule gebaut wird, sollen in Zukunft auch Toiletten für intersexuelle Kinder entstehen. Für die Stadt München gibt es so einen Beschluss noch nicht. Vorstellbar sind laut Unterforsthuber jedoch auch Unisex-Toiletten, die alle Geschlechter verwenden dürfen. Generell hält er die Toiletten-Debatte jedoch für überzogen. „Man muss ja meistens keine neuen Toiletten bauen, sondern es reicht, ein Schild auszuwechseln.“ Andere Fragen seien viel komplizierter: Welche Auswirkungen hat das neue Gesetz auf das Familienrecht oder auf die Jugendhilfe, wo bislang auch nur von männlich oder weiblich die Rede ist? Welche Polizisten dürfen eine intersexuelle Person durchsuchen? Schließlich steht im Gesetz, dass man ein Anrecht darauf hat, dass der Polizist das gleiche Geschlecht hat wie man selbst.

Auch Vincent Reindl von der Trans* Inter* Beratungsstelle kritisiert, dass das Gesetz viele Fragen offen lasse. Er und seine Kollegen beraten außer Betroffenen auch städtische und soziale Einrichtungen. „Durch das neue Gesetz müssen sich die Behörden mit dem Thema beschäftigen – ob sie wollen oder nicht.“ Und das sei positiv, denn bis jetzt seien viele Angebote nur auf ein Geschlecht ausgelegt, zum Beispiel in der Wohnungslosenhilfe, wo es in vielen Kommunen bloß Unterkünfte für Männer oder Frauen gibt. An vielen Stellen, sagt Reindl, sei heute noch nicht absehbar, welche Auswirkungen das Gesetz habe – auch für Inter-Personen selbst nicht. Was ändert sich etwa, wenn man nicht mehr als Mann oder Frau krankens- und rentenversichert ist, sondern als diverse Person? Deshalb seien einige verunsichert.

Tatsächlich haben bis jetzt erst drei Menschen in München „divers“ als Geschlecht angegeben. Die Umstellung beim Standesamt sei unproblematisch gelaufen, sagt Amtsleiter Gerhard Benedikt. Die IT sei gut vorbereitet gewesen. Einen Reisepass zu beantragen ist bis jetzt allerdings noch nicht möglich. Das könne noch bis Mai dauern.

CHRISTINA HERTEL

Unklar ist auch, welche Polizisten eine intersexuelle Person durchsuchen dürfen

Die Umstellung lief beim Standesamt problemlos, nur Reisepässe gibt es noch nicht

Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Seite: 1
 Ressort: Politik
 Seitentitel: Politik

Ausgabe: Hauptausgabe
 Nummer: 45

Wahlgesetz benachteiligt vollbetreute Menschen

Bundesverfassungsgericht erklärt pauschalen Ausschluss bei Wahlen für grundgesetzwidrig

FRANKFURT, 21. Februar. Behinderte und psychisch Kranke dürfen nicht pauschal von Wahlen ausgeschlossen werden. Das hat das Bundesverfassungsgericht in einem am Donnerstag veröffentlichten Beschluss entschieden. Damit erklärten die Richter die Regelungen des Bundeswahlgesetzes für verfassungswidrig, nach denen Menschen, die in allen ihren Angelegenheiten unter Betreuung stehen, vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Auch der pauschale Ausschluss von Straftätern, die in psychiatrischen Krankenhäusern untergebracht sind, ist demnach nicht verfassungsgemäß.

In Deutschland dürfen derzeit gut 80 000 Personen unter "dauerhafter Vollbetreuung" nicht an Wahlen teilnehmen, also Menschen, für die wegen psychischer Einschränkungen für sämtliche

Angelegenheiten ein Betreuer bestellt wurde. Behindertenvertreter hatten schon lange darauf gedrungen, das Wahlgesetz zu ändern, da es einen weiten Personenkreis pauschal ausschließe. In ihrem Koalitionsvertrag hatten Union und SPD bereits die Verabschiedung eines "inklusive Wahlrechts" verabredet. Eine Einigung auf Ebene der Fachpolitiker wurde bisher aber nicht umgesetzt. Die Karlsruher Richter mussten nun über die Verfassungsbeschwerden von acht Betroffenen entscheiden, die dagegen geklagt hatten, dass sie an der Bundestagswahl 2013 nicht teilnehmen durften.

In seinem Beschluss befand der Zweite Senat des Gerichts nun, dass zwar bestimmte Personengruppen von Wahlen ausgeschlossen werden dürften, wenn anzunehmen sei, dass sie "am

Kommunikationsprozess zwischen Volk und Staatsorganen nicht in hinreichendem Maße" teilnehmen könnten. Doch genügten die bisherigen Regelungen nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen, da der Personenkreis "ohne hinreichenden sachlichen Grund in gleichheitswidriger Weise" bestimmt werde. Allein aus der Einsetzung eines Betreuers, so der Schluss, könne nicht gefolgert werden, dass ein Mensch sich in politischen Fragen keine eigene Meinung bilden kann. Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Jürgen Dusel, begrüßte die "klare Entscheidung". Bei der kommenden Europawahl im Mai dürfe es diese Wahlauschlüsse nicht mehr geben, sagte Dusel.